



kreis & quer

In den Wirtshäusern ist sie weit verbreitet, die Cenossilicaphobie – die Angst vor einem leeren Bierglas. Womöglich entsteht die ja, weil man nüchtern unter der Angst vor Tischgesprächen leidet.

Zugegeben, die meisten Menschen haben einfachere Phobien: Sie haben Angst vor Spinnen. Ein Bekannter wollte einen jüngst beeindrucken, indem er erzählt hat, dass er immer für seine weiblichen Bekannten die Krabbelviecher entferne – in einem Glas. Wenig fasziniert entgegnete man, dass man sich die Tierchen gerne über die Hand krabbeln lasse, während man sie aus der Wohnung bringt, weil andere sich fürchten.

Keine Angst

Und das ganz schön: Ein Freund hat einmal sogar ein Treffen abgesagt. Seine Begründung: Er könne nicht duschen, weil eine Spinne in seinem Bad sitze. Er habe seinen Vater angerufen, der kommen musste, um das Tier zu entfernen.

Bei Tieren aller Art kann man ja noch verstehen, warum man davor Angst haben könnte. Andere skurrile Phobien, für die es sogar Fachbegriffe gibt, bleiben einem jedoch ein Rätsel: Die Angst vor langen Wörtern heißt etwa Hippopotamomontrosesquipedaliophobie. Da kann man nicht einmal mehr die eigene Diagnose benennen, ohne sich zu fürchten...

In der Redaktion trifft man häufiger auf die Neooorthografomanophobie – die Angst vor der neuen deutschen Rechtschreibung. Wobei, das ist weniger Angst als Verwunderung. Und verwunderlich ist auch, dass es einen Begriff gibt für die Angst, von Timberwölfen um einen Küchentisch verfolgt zu werden, während der Boden neu gewachsen ist und man Socken trägt... –san-

Heute im Landkreis

Kalenderblatt Seite 14
Veranstaltungen Seite 14

Hunderdorf:

Die Mappen für wichtige Notfallhinweise sind da..... 16



Laberweinting:

Seit 161 Jahren: vom Bahnwärter zur Halbschranke..... 18



Bei Fragen zur Zeitungszustellung: Telefon..... 09421/940-6400

Der direkte Draht zur Redaktion: Telefon..... 09421/940-4620
Telefax..... 09421/940-4609
landkreis@straubinger-tagblatt.de



Erhard Grundl informierte sich via Zoom bei (im Uhrzeigersinn) Rita Röhl, Dr. Christoph Scheu, Robert Betz und Christian Schmitz. Screenshots: Tobias Maier



„Politik im absoluten Panikmodus“

Erhard Grundl informiert sich bei Gespräch über die Situation an den Kreiskliniken

Von Tobias Maier

Straubing-Bogen. Die Politik ist zu weit weg von der Basis, die Corona-Maßnahmen nicht nachvollziehbar und die Kliniken fühlen sich alleingelassen – das war der einhellige Tenor nach einer Stunde intensiven Austauschs. Am Mittwoch hat im Bundestag ein neues Infektionsschutzgesetz zur Abstimmung gestanden. Dies hatte Grünen-Bundestagsabgeordneter Erhard Grundl zum Anlass genommen, um sich am Dienstagabend Informationen von der Basis zu holen.

In der vergangenen Woche habe Grundl Tausende nahezu gleichlautende E-Mails erhalten und sei auch auf der Straße zum bevorstehenden Infektionsschutzgesetz angesprochen worden. Die Unsicherheit bei den Menschen habe er deutlich gespürt: „Für mich ist zentral, wie es in den Krankenhäusern aussieht.“ Um dies zu eruieren, hatte Grundl Robert Betz, Geschäftsführer der Kreiskliniken Bogen und Mallersdorf, Christian Schmitz, Geschäftsführer der Arberlandkliniken im Landkreis Regen, Dr. Christoph Scheu, Geschäftsführer des Klinikums Straubing, und Rita Röhl, Landrätin im Kreis Regen, online in einem Zoom-Meeting getroffen.

„Bislang keinen einzigen Cent erhalten“

Rita Röhl sprang Grundl bei. Ihr sei wichtig, wie es bei den Krankenhäusern finanziell weitergeht und „wer die Rechnung unter dem Strich bezahlt“. Diese Frage nahm Christian Schmitz bereitwillig auf. Die eigentlich geplanten Pauschalen für Intensivbetten seien vom Freistaat Bayern bislang noch nicht ausbezahlt worden: „Das ist eine absolute Unverschämtheit.“ Robert Betz pflichtete bei: „Wir haben bislang keinen Cent für zusätzliche Kapazitäten bekommen.“

Schmitz verwies zudem auf das Krankenhauszukunftsgesetz, wonach coronabedingte Mindererlöse später mit den Krankenkassen nachverhandelt werden könnten.

Doch zum einen handle es sich dabei nur um Verhandlungen und zum anderen stehe sich die Politik so aus der Verantwortung: „Es wurde zu wenig mit der Praxis gesprochen.“ Betz bezifferte das Defizit für die Bogener Klinik auf zwei Millionen Euro: „Wir können froh sein, wenn wir einen siebenstelligen Betrag aushandeln können.“

Gedrückte Stimmung und Müdigkeit

Christoph Scheu zeigte sich von Beginn an enttäuscht von der Politik: „Ich glaube den Versprechungen der Politiker nicht.“ Gerade das Pflegepersonal, für das Bundesgesundheitsminister Jens Spahn bereits vor Monaten Verbesserungen in Aussicht gestellt hatte, sei stark mitgenommen. Die Stimmung sei gedrückt und Müdigkeit mache sich breit. Auch Betz sprach von einem „extrem beanspruchten Personal“ und Schmitz ergänzte, dass es nun konsequente Entscheidungen von den Politikern brauche, die Planungssicherheit schafften.

Die Politik hat nicht nur bei den Kliniken Vertrauen verspielt, sondern auch in der Bevölkerung. Vor dem Hintergrund, dass der Bundestag die pandemische Lage bis zum 31. März festgeschrieben habe und mehrere Demonstrationen gegen das Infektionsschutzgesetz angemeldet waren, drängte Grundl nochmals auf dieses Thema. Rita

Röhl forderte sofort: „Die Menschen sind nicht dumm. Die Politik muss ehrlicher werden.“ Weil das Virus noch lange bleiben werde, brauche es einen Stufenplan. Robert Betz nannte sogar eine konkrete Zahl: „Es wird wohl fünf Jahre dauern, bis das Virus weg ist.“ Daher müsse die Politik die Impfbereitschaft erhöhen und die Corona-App verbessern. Eine funktionierende App bedeute mehr Freiheit. Die fehlende Stringenz der Maßnahmen lässt laut Schmitz die Akzeptanz erodieren, denn: „Die Politik befindet sich im absoluten Panikmodus. Aber auch kluge Köpfe verfolgen das politische Geschehen kritisch und sehen das.“ Schmitz zeigte sich äußerst skeptisch, was die Erneuerung des Vertrauens betrifft: „Der Zug ist abgefahren.“

Laut Scheu haben widersprüchliche Aussagen der Politiker ihre Glaubwürdigkeit unterminiert. Die Menschen verstünden nicht, warum sie zum Friseur dürfen, nicht aber ins Kosmetikstudio: „Das ist weder vom gesunden Menschenverstand noch vom medizinischen Sachverstand her nachvollziehbar.“ Auch der Maßnahmen-Flickenteppich der Bundesländer habe Unverständnis hervorgerufen. Mit Blick auf fragwürdige Länderspiele im Fußball, sagte Betz: „Menschen müssen besser verstehen können, warum welche Maßnahmen getroffen werden.“

Notwendigkeit einheitlicher Regeln betont

Schließlich kam Grundl auf die Abstimmung über das Infektionsschutzgesetz zurück und fragte in die Runde, wie die Meinungen hierzu seien. Unisono wurde die Notwendigkeit eines solchen Gesetzes betont und für bundeseinheitliche Regeln plädiert. Letztlich, so Rita Röhl, sei es wichtig, dass Menschen, Vereine und Künstler wieder ein Ziel vor Augen hätten. Den Preis einer verfehlten Corona-Politik zahlten schließlich alle. Und Erhard Grundl hatte bereits eine Vermutung, wer die künftigen Belastungen für die Bürger verkünden wird, „die nächste Bundesregierung“.

KOMMENTAR

Weit, weit weg

Man muss keinen Nazi gut finden und auch keinen Reichsbürger, keinen Verschwörungstheoretiker und auch keinen Klimawandelleugner, ebenso wenig einen Mächtigen-Ökodiktator oder einen anarchistischen Staats skeptiker. Aber: Was man als Demokrat gut finden muss, ist ihr Recht auf Demonstration und Kritik. Ein Grund für die schwindende Akzeptanz der Corona-Maßnahmen und damit der Nährboden der Demonstrationen liegt bei den Politikern selbst. Denn: Wenn man als verantwortlicher Politiker im Sommer den Herbst noch weit weg wähnte und die vergangenen Monate geschlafen hat, dann braucht man sich nicht wundern, wenn man in einer hitzigen Atmosphäre angestauter Wut erwacht.

Wenn man es als verantwortlicher Politiker versäumt, Maßnahmen nachvollziehbar zu gestalten, dann muss man sich nicht wundern, wenn die Bevölkerung an der Kompetenz zweifelt und sich ein eigenes Weltbild malt.

Und wenn man es als verantwortlicher Politiker versäumt, denjenigen, die im Ernstfall über Leben und Tod entscheiden müssen, die dringend notwendige Unterstützung zukommen zu lassen – dann muss man sich nicht wundern, wenn die Frustration groß und das (Pflege-)Personal ausgebrannt ist.

Natürlich ist Corona auch für die Politiker neu. Aber vielleicht wäre gerade das eine Chance für mehr Ehrlichkeit gewesen, anstatt nun den Schwarzen Peter den Demonstranten zuzuschieben, die von einem Grundrecht Gebrauch machen. Wie oft haben Politiker jeder Couleur betont, wie wichtig es sei, die Menschen mitzunehmen? Jetzt wäre dies umso nötiger gewesen, wurde aber verpasst. Wie weit weg muss man als Politiker sein, um die derzeitige Verunsicherung nur als Verweigerung absoluten Gehorsams oder unsolidarisches Sozialverhalten zu interpretieren? München oder Berlin reichen als Entfernung offenbar aus. Tobias Maier